

EU-Förderung und Europaarbeit in der Stadt Mannheim:

Eine große Chance für die Stärkung des Standorts

Die Stadt Mannheim investiert in den nächsten Jahren 40 Millionen Euro, um die Kreativwirtschaft im siebtgrößten wirtschaftlichen Ballungsraum Deutschlands voranzubringen. 12,4 Millionen Euro davon kommen aus dem Förderprogramm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Ein Beitrag von
Ulla Cramer

Schon seit einigen Jahren ist die Stadt Mannheim bei der Akquise von EU-Mitteln äußerst erfolgreich. Seit Gründung ihres **Europabüros** im Jahr 1999, zu dessen zentralen Aufgaben es gehört, die entsprechenden Anträge zu stellen, konnte die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs rund 67 Millionen Euro Fördergelder für städtische Dienststellen und städtische Projekte verbuchen. Mit der Unterstützung aus Brüssel im Rahmen der Ziel 2- und URBAN II-Förderung entstand etwa das Mannheimer Modell mit der **Popakademie Baden-Württemberg** und dem **Existenzgründerzentrum Musikpark**, eines der wichtigsten Kompetenznetzwerke für die Musik- und Kreativwirtschaft in Deutschland, das inzwischen national und international Vorbildcharakter hat. Dies sind Erfolge, die mit Hilfe von Mitteln des Förderprogramms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) für die 2007 bis 2013 jetzt fortgeführt und ausgebaut werden sollen.

Ganz oben auf der Agenda steht die Eröffnung eines neuen Kreativwirtschaftszentrums im Stadtteil Jungbusch: ein Projekt für 12,6 Millionen Euro, das in der Nachbarschaft von Musikpark und Popakademie Büroräume und Begegnungsstätten für Start-ups schaffen soll. In Show-Rooms und einer kommunalen Galerie können sich junge Künstler aus der Region präsentieren. Dabei sollen 180 bis 200 Arbeitsplätze entstehen. Für 6,7 Millionen Euro wird die Popakademie um zwei Etagen aufgestockt, um Platz zu schaffen für die zwei Masterstudiengänge „Populäre



Der Karlsruher Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner (2. v. links) überreichte im Juli 2010 den Bewilligungsbescheid in Höhe von 3,7 Millionen Euro an den Mannheimer Bürgermeister Michael Grötsch (3. v. links) und die beiden Geschäftsführer der Popakademie, Prof. Udo Dahmen (links) und Prof. Hubert Wandjo (rechts)

Musik“ und „Music & Creative Industries“. Die Etablierung eines professionellen Clustermanagements trägt dazu bei, dieses Kompetenzfeld weiter zu stärken. Mit 1,2 Millionen Euro werden bis Ende 2016 drei Mitarbeiter finanziert, die sich um die Ansiedlung von Unternehmen und um den Wissenstransfer zwischen der Popakademie, dem Existenzgründungszentrum Musikpark sowie den Kleinst- und Kleinbetrieben der Musikwirtschaft kümmern.

In Angriff genommen werden soll auch ein Erweiterungsbau für das **MAFINEX-Technologiezentrum** im neuen Stadtquartier Mannheim 21. Das 2008 eröffnete zweite Existenzgründerzentrum Mannheims ist bereits belegt. Hier forschen und arbeiten 37 Unternehmen mit 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zehn weitere Unternehmen stehen auf der Warteliste. 11,4 Millionen Euro werden nun aufgebracht, um in fünf Jahren

Zur Autorin:

Ulla Cramer ist freie Autorin und freie Journalistin.



Der Mannheimer Stadtteil Jungbusch profitierte von Geldern der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II

neue Flächen in einer Größenordnung von 5.000 Quadratmetern für junge Unternehmen, in erster Linie aus der IT-Branche, zur Verfügung zu stellen.

„Die EU-Strukturförderung bietet eine große Chance, wichtige Projekte für eine nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts Mannheim umzusetzen und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu sichern und neu zu generieren“, erläutert Mannheims Wirtschaftsbürgermeister Michael Grötsch. Voraussetzung für eine nachhaltige Strahlkraft der Investitionen ist ein überlegter und zielgerichteter Einsatz der Mittel nach den Vorgaben der Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie der Stadt Mannheim, die die Kreativwirtschaft neben der Medizintechnologie als neues Kompetenzfeld ausweist – ganz im Sinne von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz: „Die Stadt der Zukunft ist die Stadt der Kreativen.“

Europäische Lobbyarbeit

Mit der Einrichtung des Europabüros vor zehn Jahren wurde in Mannheim eine städtische Koordinierungsstelle geschaffen, die Know-how, Erfahrung und Kontakte einbrachte, um die Chancen für eine erfolgreiche Antragstellung für EU-Fördermittel zu verbessern. Seit 2008 leitet David Linse diesen Bereich, der am 1. September 2010 zum Büro für europäische und internationale Angelegenheiten erweitert und um die Themen Städtepartnerschaften und internationale Beziehungen ergänzt wurde. Linse, der viele Jahre an der Spitze des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel stand, kennt das Problem: „Die Europäische Union bietet eine große Anzahl an Förderprogrammen – doch diese Vielfalt ist kaum zu überschauen und die Antragstellung ist komplex und aufwän-

dig.“ Außerdem stellen die EU-Programme Anforderungen, die weit über das hinausgehen, was Bund oder Länder verlangen. „Da haben unerfahrene Antragsteller kaum eine Chance.“

Im Wettkampf um die Mittel aus Brüssel ist vor allem politisches Lobbying angesagt. Bereits bevor die Operationellen Programme erstellt werden, bringen die Mannheimer Europa-Spezialisten die Position der Städte im Allgemeinen und der Stadt Mannheim im Besonderen auf den unterschiedlichen politischen und Verbands-Ebenen aktiv ein. Nur so war es beispielsweise möglich, dass in der Förderperiode 2000 bis 2006 Mannheim als einzige Großstadt Baden-Württembergs im Rahmen der Ziel 2-Förderung Mittel aus



Die Musikwirtschaft steht bei der Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie Mannheims im Fokus

Brüssel erhielt. Mit den Geldern in Höhe von 17,8 Millionen Euro wurden Projekte wie das MAFINEX-Technologiezentrum, das **Gründerinnenzentrum**, das **deutsch-türkische Wirtschaftszentrum**, die Popakademie und der Musikpark kofinanziert.

In derselben Förderperiode initiierten Mannheim und Ludwigshafen gemeinsam ein Programm, das im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II unterstützt wurde. Die Gelder flossen unter anderem in die Entwicklung des Stadtteils Jungbusch, in dem

die Popakademie und der Musikpark angesiedelt sind. Und Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz ergänzt: „Gerade die Förderprojekte im Bereich Kreativwirtschaft verdeutlichen einen Aspekt im Change²-Prozess, dem derzeit laufenden Verwaltungsumbau der Stadt Mannheim, auf den es besonders ankommt: die Synergieeffekte durch Wechselwirkungen der Projekte untereinander und die Erfolge, die durch eine wirkungsorientierte Steuerung erreicht werden können.“

„Und bereits jetzt müssen wir uns um die Förderung nach 2013 kümmern“, macht Linse deutlich. Die Frage, die derzeit heiß diskutiert wird: Werden auch in Zukunft alle Regionen der EU von Fördermitteln profitieren oder dürfen nur die ärmsten Regionen mit einer Unterstützung rechnen? „Dann hat Mannheim natürlich keine Chance“, bringt es David Linse auf den Punkt. „Deshalb ist es von großer Bedeutung, sich bereits jetzt aktiv in die Diskussion einzubringen und die Europäische Kommission und das Europäische Parlament von einer Fortsetzung der Ziel 2/RWB-Förderung zu überzeugen.“

Ein Positionspapier zur Zukunft der EU-Regionalpolitik nach 2013 hat die Arbeitsgemeinschaft Europakoordinatoren des Städtetages Baden-Württemberg bereits verfasst – unter Federführung der Stadt Mannheim, die seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft mit dem jeweiligen Leiter ihres Europabüros kontinuierlich den Vorsitzenden des Gremiums stellt. Das zentrale Argument für eine Fortführung der regionalen Förderung in der gesamten Europäischen Union: Die sozialen und territorialen Ungleichgewichte nehmen in der gesamten EU zu – auch in den wirtschaftlich stärkeren Regionen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft von großer Bedeutung sind. Um diese Wirtschaftskraft zu erhalten und auch um die Akzeptanz der europäischen Idee zu gewährleisten und zu fördern, sei eine Unterstützung von Projekten auch außerhalb der „bedürftigen“ Zonen wichtig.

Zentrales Informationsmanagement

„Bei der europapolitischen Lobbyarbeit“, so Linse, „sind eine ganze Reihe Hürden zu überwinden.“ Maßgebliche Institutionen wie die Europäische Kommission mit ihren Generaldirektionen sind völlig anders organisiert, als man dies von regionalen und nationalen Ebenen kennt – ebenso wie die Entscheidungsmechanismen. Die direkte Kommuni-

kation mit Vertretern von EU-Institutionen ist häufig schon aus sprachlichen Gründen kaum möglich und die ständige Erweiterung macht aus der EU ein äußerst dynamisches politisches System, mit dem man nur schwer Schritt hält. „Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe unseres Büros, ein zentrales Informationsmanagement zu europäischen Rechtsvorschriften und Förderprogrammen einzurichten und auf dem neuesten Stand zu halten. Wir müssen die relevanten Informationen über EU-Themen mit Kommunalbezug sichten und zielgerichtet an die betroffenen Stellen in der Verwaltung weiterleiten.“

EU-Mittel gibt es aus den Strukturfonds wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Aber auch im Rahmen von Aktionsprogrammen stehen Gelder bereit. Um diese Förderung konkurrieren Projekte in Bereichen wie Kultur oder Umweltschutz, die den politischen Zielen der EU entsprechen. Unterstützt werden sollen



das Denken und Handeln über nationale Grenzen hinweg, der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander. „Hier geht es vor allem um die Suche nach geeigneten transnationalen Projektpartnern“, weiß Linse. Hilfreich sind projektspezifische Datenbanken, Regionalbüros in Brüssel und Netzwerke wie der Zusammenschluss europäischer Großstädte Eurocities, das European Forum for Urban Safety (EFUS) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). „Wir sind die einzige Stadt in Baden-Württemberg, die Mitglied bei Eurocities ist, ein Netzwerk von 130 Großstädten und Metropolen. Wir möchten auf diese Weise Mannheim auf europäischer Ebene sichtbarer machen.“

David Linse, Leiter des Büros für europäische und internationale Angelegenheiten (links), präsentierte einer Delegation des Europäischen Parlaments den Neubau des MAFINEX-Technologiezentrums, der mit EU-Geldern unterstützt wurde